iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Tourismuswirtschaft | 09.06.2020 | Lesezeit 3 Min.

Corona erschüttert die Reisebranche

Die Reise- und Freizeitbranche ist von der Corona-Pandemie stark getroffen, viele Betriebe sind bereits zahlungsunfähig oder stehen kurz vor der Insolvenz. Um möglichst viele der insgesamt rund drei Millionen Arbeitsplätze in der deutschen Tourismuswirtschaft zu erhalten, plädiert der zuständige Bundesverband für einen staatlichen Rettungsfonds.

Ohne Zweifel ist die Tourismusbranche von der Corona-Krise besonders betroffen: Monatelang waren Restaurants, Bars, Hotels, Campingplätze und Freizeitparks geschlossen, blieben Flugzeuge am Boden und Kreuzfahrtschiffe in den Häfen. Außerdem wurden sehr viele gebuchte Reisen storniert.

Zwar öffnen sich die ersten Bundesländer nun wieder für Besucher und Touristen, doch die globalen Reiseeinschränkungen, die Abstands- und Hygieneregeln sowie die verständliche Zurückhaltung der Menschen bei der Gestaltung ihrer wiedergewonnenen Freiheiten sorgen dafür, dass diese Branche überdurchschnittlich lange brauchen wird, um wieder die ursprünglichen Erlöse zu erwirtschaften.

Eine Befragung von 555 Unternehmen in Deutschland im Rahmen des IW-Corona-Panels Mitte April 2020 ergab: Im Durchschnitt gehen die Betriebe davon aus, dass es 15 Monate dauern wird, bis wieder die Umsätze des Vorjahresniveaus erreicht werden. In der Reisebranche sind die Erwartungen noch deutlich pessimistischer (Grafik):

Die hiesigen Tourismusbetriebe rechnen damit, dass es mindestens 18 Monate dauern wird, bis sie wieder den Jahresumsatz von 2019 erzielen – der lag zuletzt bei rund 265 Milliarden Euro.

Tourismuswirtschaft: Reisen, speisen, erholen

Umsätze der deutschen Tourismuswirtschaft im Jahr 2019 in Milliarden Euro

Gastronomie und Beherbergungsgewerbe	89,5
Sport, Erholung, Freizeit und Kultur	33,2
Verkehrsdienstleistungen	20,8
Luftfahrt	19,5
Reisebüros und Reiseveranstalter	13,9
Kfz-Treibstoffe	10,0
Lebensmittel	8,1
Gesundheitsdienstleistungen	7,6
Vermietung und Grundstückswesen	4,0
Leistungen für Mietfahrzeuge	1,7
Schifffahrt	1,0
Sonstige Güter und Dienstleistungen	56,2
Insgesamt	**265,5**

Umsatz: näherungsweise Werte, da Produktionswerte

Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Statistisches Bundesamt, IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Hinzu kommt, dass der Höhepunkt des wirtschaftlichen Einbruchs nach Einschätzung der Unternehmen noch nicht einmal erreicht ist. Die Betriebe gehen vielmehr davon aus, dass das erst gegen Jahresende im November der Fall sein wird.

Dementsprechend verhalten sind die Prognosen: Im Best-Case-Szenario rechnen die neun relevanten deutschen Tourismus-Fachverbände mit 50 bis 80 Prozent Umsatzrückgang im Jahr 2020, so das Ergebnis einer Studie der IW Consult für den Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft. In diesem Szenario kommen die Fluggesellschaften und Flughäfen sowie die Freizeitparks noch am glimpflichsten weg.

Existenz von Hotels und Gaststätten bedroht

Im Worst-Case-Szenario rechnen die Verbände mit Umsatzeinbußen von bis zu 95 und mehr Prozent. Diese düstere Prognose könnte vor allem für Reiseveranstalter und Reisebüros sowie für Busreiseunternehmen eintreffen.

Die coronabedingten Umsatzeinbußen sind für viele existenzbedrohend. Allein ein Drittel der Hotels und Gaststätten in Deutschland – das sind 70.000 Betriebe – hat derzeit akute Liquiditätsprobleme und steht kurz vor der Insolvenz. Ähnliches gilt für die Luftfahrtbranche: Die Regionalfluggesellschaft LGW hat bereits Ende April 2020 Insolvenz angemeldet, die Lufthansa und die Bundesregierung einigten sich Ende Mai 2020 auf ein 9 Milliarden Euro teures Rettungspaket, um ein Konkursverfahren abzuwenden.

> Durch die Umsatzeinbußen ist derzeit die Existenz von etwa 70.000 Hotels und Gaststätten in Deutschland bedroht.

Auch die Freizeitparks mussten monatelang ihre Tore schließen, die ersten haben Ende Mai wiedereröffnet; je nachdem, wie viele Parks wie lange weiterhin geschlossen bleiben, könnten bis zu 40 Prozent der Erlebnisparks insolvent gehen, prognostiziert der Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen. Die Bus- und Gruppentouristik steht ebenfalls unter Druck: Aktuell melden arbeitstäglich zwei bis drei Unternehmen dieser Sparte Insolvenz an oder müssen ihren Betrieb kurzfristig liquidieren.

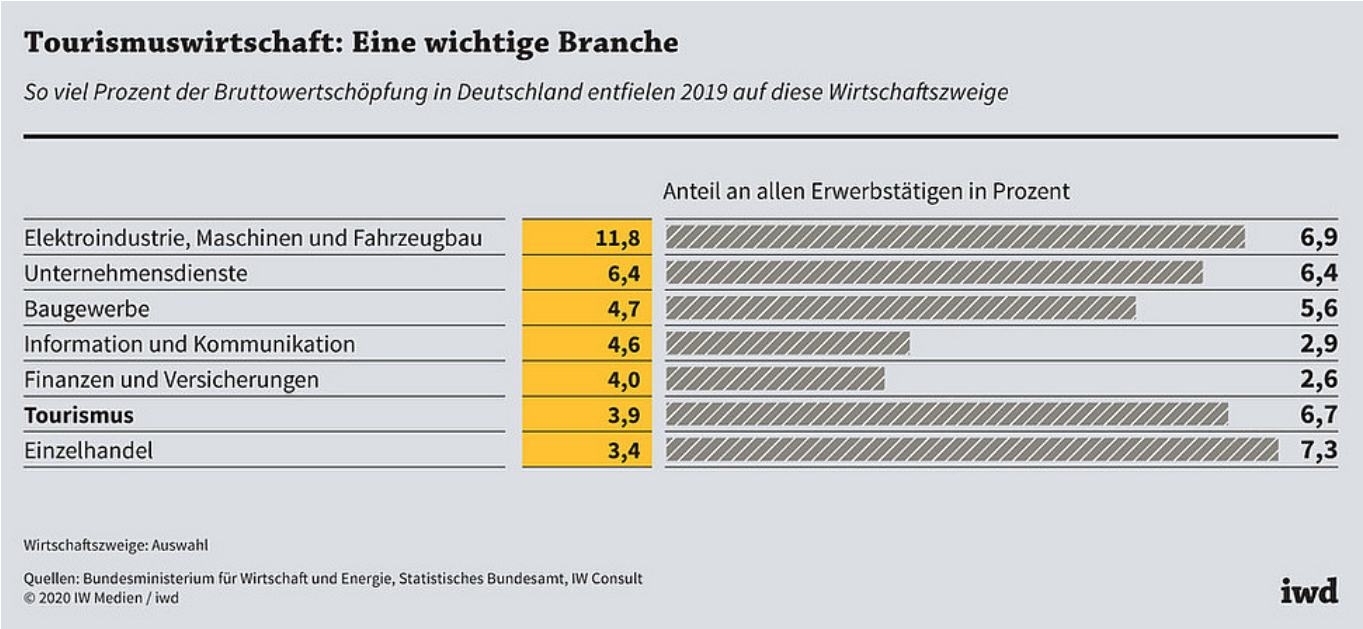
Um eine Pleitewelle abzuwenden, plädiert der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft (btw) deshalb für staatliche Unterstützung:

Kurzfristig soll ein Rettungsfonds mit bis zu 16 Milliarden Euro aufgelegt werden, der die Tourismusunternehmen mit direkten, nicht rückzahlbaren Zuschüssen unterstützt.

Wichtig ist dem Bundesverband dabei, dass die Hilfen so gestaffelt werden, dass kleine Unternehmen besonders entlastet werden. Denn von den rund 100.000 Tourismus-Betrieben in Deutschland beschäftigen 97 Prozent weniger als 20 Mitarbeiter. Insgesamt stellt die Branche 6,7 Prozent aller Arbeitsplätze in Deutschland, das sind

rund drei Millionen Jobs – damit sind mehr Menschen im Tourismus als im Baugewerbe tätig (Grafik).

Allein das Gastgewerbe hatte im März und April 2020 mehr als eine Million Beschäftigte zur Kurzarbeit angemeldet.



Weil in der Tourismuswirtschaft viele Dienstleistungen im Vorhinein gebucht und gezahlt werden, die aber aufgrund der Corona-Krise nicht in Anspruch genommen werden konnten, haben viele Reiseveranstalter außerdem Probleme, ihren Kunden die Rückzahlungen zu gewähren. Der btw schlägt deshalb vor, einen staatlich garantierten Rückzahlungsfonds mit 10 Milliarden Euro aufzulegen oder aber Gutscheine mit Staatsgarantien auszugeben. Letzteres haben andere EU-Länder faktisch bereits eingeführt, die EU-Kommission lehnt die Gutscheinregelung bislang allerdings ab.

Kernaussagen in Kürze:

- Die Corona-Pandemie hat die Tourismusbranche durch die globalen Reisebeschränkungen in den vergangenen Monaten stark getroffen.
- Durch die Umsatzeinbußen ist derzeit die Existenz von etwa 70.000 Hotels und Gaststätten in Deutschland bedroht.
- Die hiesigen Tourismusbetriebe rechnen damit, dass es mindestens 18 Monate dauern wird, bis sie wieder den Jahresumsatz von 2019 erzielen – der lag zuletzt bei rund 265 Milliarden Euro.